



ACAB ist nur manchmal eine Beleidigung!

Von Kai Christ, Landesvorsitzender der GdP Thüringen

ACAB, diese vier Buchstaben finden sich immer häufiger in verschiedensten Bereichen des öffentlichen Lebens. An Eisenbahn- und Autobahnbrücken, auf Bannern in Fußballstadien, auf Plakaten bei Demonstrationen verschiedener Veranstalter, gerne auch auf der Oberbekleidung von Teilnehmer/-innen ebensolcher Demonstrationen als Print oder Pin. Ab und an auch als Tattoo auf den Händen von Bürgern, die wegen Verstößen gegen verschiedene Rechtsnormen, leider häufiger mit der Exekutive unseres Landes in Kontakt kommen, als es ihnen lieb ist. Die Thüringer Polizei ist aufgrund ihres deeskalierenden Einsatzmodells bisher mit Beleidigungen gegen die Polizei verhältnismäßig Laissez-faire umgegangen. Das sollten unsere Kollegen im Bezug auf die Buchstabenfolge ACAB auch weiterhin so tun, da das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) die Möglichkeit einer Kollektivbeleidigung durch die Darstellung von All Cops Are Bastards faktisch ausgeschlossen hat.

Für mich persönlich ist mit diesem Spruch des BVerfG ein Tiefpunkt in der Würdigung der täglichen und nächtlichen Arbeit von all meinen Kollegen/-innen durch das höchste Gericht Deutschlands erreicht worden. Wir werden lernen, diese Beleidigung hinzunehmen. Die Frage, die sich aber jeder von uns Polizisten/-innen und auch die Damen und Herren in der Landes- und Bundespolitik stellen müssen, ist: „Wieviel Müll kann man schlucken“? (Sorry Stoppok, für die ungefragte Verwendung einer ihrer Liedzeilen). Vielleicht hilft es Euch zu wissen, dass ich es für nichts Schlimmes halte, womöglich ein Bastard zu sein. Es macht uns nicht schlechter, es macht uns zu etwas Besonderem. Eben nicht zu einer stumpfen uniformierten Masse. Jeder von uns ist ein Mensch aus Fleisch und Blut und wunderbar individuell. Ich will beileibe diese Beleidigung nichtschön

reden, nur ist diese Buchstabenfolge nach Ansicht des BVerfG eben nicht immer eine Beleidigung und damit müssen wir uns abfinden.

Auch diese Ausgabe der Deutschen Polizei kommt im Thüringerteil nicht an dem Thema Personalzahlen vorbei. Verschiedene Landespolitiker sind aktuell auf ihren „Sommertouren“ und der eine oder die andere besucht auch Dienststellen der Thüringer Polizei. Ich hoffe, es finden sich einige Kollegen/-innen mit ausreichend stabilem Rückgrat, die über ihr Leben in der Thüringer Polizei offen berichten (dürfen), z. B. über im Wechselschichtdienst geplante freie Wochenenden, die in manchen Dienststellen mitunter mit der gleichen Regelmäßigkeit gestrichen oder gekürzt werden müssen wie die „Betonwochenenden“ in der Bereitschaftspolizei, weil die Grundversorgung sonst nicht mehr gewährleistet werden kann.

Frau Taubert, Herr Poppenhäger, die Thüringer Polizei arbeitet auf Verschleiß. Wann werden Sie etwas dagegen unternehmen? Die Einstellungszahlen für 2016 stehen fest. Diese bedeuten, dass wir bis 2018 immer noch jedes Jahr weniger werden und zwar in einer Größenordnung, die den geplanten Stellenabbau übersteigen wird. Die Aussetzung des Stellenabbaus im Bereich der Polizei, um die uns durchaus das eine oder andere Ressort beneidet, zeigt bisher schlicht keine Wirkung.

Anfragen aus Flächendienststellen haben mich zu diesen Zeilen bewogen. Ein Beitrag des Technischen Hilfswerkes Thüringen in den sozialen Netzwerken lässt mich nachdenklich werden. Da schreibt die Thüringer Allgemeine, dass sich das THW darauf vorbereitet, bei der Terrorbekämpfung eingesetzt zu werden. Ganz so weit, dass das THW jetzt schon Terror bekämpft, wird es wohl nicht kommen, aber das THW bereitet sich wohl darauf vor, nach Terror-

anschlägen zur Unterstützung bei der Bewältigung der Folgen eingesetzt zu werden. Über welche Terrorszenarien denkt das THW aber nach? Für Thüringen besteht ja nach Aussage des Innenministeriums lediglich eine abstrakte Gefahr und damit eigentlich kein akuter Handlungsbedarf für das THW. Oder weiß das THW mehr?

Am 22. 6. 2016 hatte ich das erste Mal die Gelegenheit, an einer Personalversammlung einer Justizvollzugsanstalt teilzunehmen. Der Zugang in eine JVA ist immer noch ein spannendes Erlebnis für mich. Der ÖPR der JVA Tonna hatte zur Personalversammlung geladen und dabei beachtet, dass die GdP Thüringen Mitglieder in der Belegschaft der Behörde vertritt. Vielen Dank an dieser Stelle für die freundliche Einladung. Die Personalversammlung verlief aufgrund des etwas verspäteten Eintreffens des Referatsleiters Personal im Thüringer Ministerium für Migration Justiz und Verbraucherschutz, Eugen Weber, etwas anders als geplant. So kam es, dass nach dem Rechenschaftsbericht des ÖPR die Gewerkschaften zu Wort kamen und erst dann der Vertreter des Ministeriums, das hatte durchaus einen gewissen Scharm. Im Anschluss an die Veranstaltung sprach Herr Weber mir eine Einladung zu einem persönlichen Gespräch aus. Über diese Einladung freue ich mich sehr, das ist der richtige Weg, um den Gesprächsfaden zwischen GdP Thüringen und dem TMMJV nicht abreißen zu lassen. Unseren Kollegen aus Tonna sei gesagt, dass die GdP die Debatte um die Parkplatzgebühren in Zusammenarbeit mit dem ÖPR kritisch begleiten wird, genauso kritisch wie die Aussage des Koalitionsvertrages, alle Schusswaffen im Thüringer Strafvollzug abzuschaffen. Die geplante Aufgabenübertragung auf die Polizei ist aus Sicht der GdP Thüringen schlicht unmöglich.

**Bis zum nächsten Monat,
Euer Landesvorsitzender**



Fachausschuss fordert: „Schluss damit“!

Von Andreas Hempel, Vorsitzender des Thüringer Fachausschusses Verkehr

Wenn man sich die Entwicklungstendenzen der aktuellen Verkehrsunfallstatistik betrachtet, wie

- Anstieg VU (+ 4,6%) und der VU mit PS (+ 4,2%) sowie Bagatellunfälle (+ 4,9%),
- Anstieg Beteiligung in Risikogruppen Zweiradfahrer und VKT ab 65 Jahre,
- Mo./Fr. mit jeweils 25 Verkehrstoten die folgenschwersten Wochentage,
- HUU Geschwindigkeit, gefolgt von Nichtbeachten Vorfahrt,
- Anstieg Anzahl, mit PS, Tote, Verletzte bei motorisierten Zweiradfahrern, dabei HUU Geschwindigkeit und Sicherheitsabstand,
- Anstieg VU mit PS unter Beteiligung Radfahrer mit HUU Alkohol,
- alle 9 Min. musste die Polizei einen VU aufnehmen,

so kommt man nicht umhin, dies auch auf die absolut unbefriedigende Situation im Bereich der operativen Verkehrsüberwachung in der Thüringer Polizei zurückzuführen.

So sind doch unverkennbar die Verkehrsbereiche in den LPIen und



damit die Verkehrsüberwachung und auch -prävention nahezu auf Null zurückgefahren zugunsten der aktuellen Einsatzbewältigung im Fokus von Flucht/Asyl und im Versammlungsgeschehen. Dadurch bleiben verkehrspolizeiliche Präsenz und Kontrolldruck insbesondere in der Fläche, aber auch an städtischen Knoten- und damit Unfallschwerpunkten sowie in Fußgängerzonen auf der Strecke und das Unrechtsbewusstsein der Verkehrsteilnehmer kann sich unbeeinflusst weiter entwickeln.

Man muss sich doch nicht wundern, dass gerade Montag und Freitag die folgenschwersten Wochentage in der Unfallbilanz sind, wenn die Kolleginnen und Kollegen diese Tage zum „Wunden lecken“ (und dies zunehmend im wahrsten Sinne des Wortes) vom Demogeschehen am Wochenende brauchen oder sich auf die nächste Großlage vorbereiten müssen. Einsatzstunden stehen nun mal nicht grenzenlos zur Verfügung ...

Die Unfallzahlen unterlegen das Erfordernis, besonders im Bereich der reinen Kontrolldelikte, neben Geschwindigkeit z. B. zum Thema Alkohol und zunehmend berauschende Mittel, den Entdeckungsdruck permanent hochzuhalten. Selbst wenn viele „alteingesessenen“ Kollegen sich weiterhin in der Verkehrssicherheitsarbeit engagieren wollen („das gehört für mich ganz einfach zum Polizeiberuf dazu“), können sie es aufgrund anderer Prioritäten beim besten Willen nicht leisten. Das frustriert und endet letztlich irgendwann in Resignation. Doch dazu darf und muss es nicht erst kommen!

Wir erwarten von der Thüringer Polizeiführung und der Landespolitik, dass sie sich dafür einsetzen, die Verkehrsbereiche wieder zielgerichtet zu stärken und dies sowohl im Operativen Bereich als auch in den Führungsgruppen sowie in der Fortbildung. Und dazu gehört nach unserem Verständnis auch das Engagement zur Erhöhung der Attraktivität einer Tätigkeit im Verkehrsbereich. Gerade jetzt, wo Dienstpostenneubewertungen und die Überarbeitung der Erlasslage zur A 9Z anstehen, sollte der Fokus z. B. auch auf die ingenieurmäßig tätigen Kolleginnen und Kollegen in den Kontrollgruppen des gewerblichen Personen- und Güterverkehrs sowie die im pädagogischen Bereich wirkenden Verkehrssicherheitsberater/-innen gerichtet werden.



Fotos: Autor

Es muss endlich damit Schluss sein, in der Verkehrssicherheit – dem originärsten Aufgabenbereich der Polizei – weitere Abstriche „zugunsten“ aktueller Schwerpunktanlässe zuzulassen! Dies steht übrigens im Konsens mit der aktuellen verkehrspolitischen Arbeit der GdP auf Bundesebene. So hat Arnold Plickert (stellv. Bundesvorsitzender und zuständiges Vorstandsmitglied für Verkehrspolitik) diese Forderung bereits zum 4. Verkehrsforum der GdP am 9. März 2016 in Potsdam erhoben. Dem stimmen wir aus unserer Erfahrung in Thüringen voll zu.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Thüringen

Geschäftsstelle:
Auenstraße 38 a
99089 Erfurt
Telefon: (0361) 59895-0
Telefax: (0361) 59895-11
E-Mail: gdp-thueringen@gdp.de

Redaktion:
Edgar Große (V.i.S.d.P.)
Telefon: (01520) 8862464
E-Mail: edgar.grosse@gdp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0949-2828



Unser Leser Daniel Meyhöfer wirft einen zweiten kritischen Blick auf die Thüringer Polizei:

In der letzten Ausgabe der Zeitschrift „Deutsche Polizei“ skizzierte ich meinen Blick von außen auf die Thüringer Polizei. Als die Kollegin Susan Prüfer im ersten Halbjahr 2015 unter anderem meine Frau und mich per E-Mail anscrieb und darum bat, an einer vertraulichen Onlinebefragung zu ihrer Bachelorarbeit „Problemfelder bei der Einarbeitung und Integration von Polizeivollzugsbeamten nach erfolgtem Länderwechsel“ teilzunehmen, zögerten wir nicht lange. Die Verfasserin der Bachelorarbeit hat genauso wie wir auch einen Dienstherrenwechsel vorgenommen.

Das Hauptziel ihrer Arbeit war durch die Analyse und Bewertung der bisherigen Einarbeitungsmodalitäten, Probleme aufzuzeigen und ein Konzept für eine optimale Einarbeitung zu erstellen. Die meiner Meinung nach aufschlussreichsten Erkenntnisse möchte ich nun nach vorheriger Rücksprache mit der Verfasserin stark gekürzt auf diesem

Alltag verlaufen und keine Anpassung oder Korrektur stattfindet. Die Nichterfüllung der Erwartungen kann belastende Enttäuschungen hervorrufen, besonders bei engagierten Mitarbeitern.

Jeder wird seine ganz persönlichen Gründe für den Länderwechsel gehabt haben. Meine Frau und ich haben den Schritt jedenfalls niemals bereut, vor allem mit den nun drei gemeinsamen Kindern, auch wenn er uns dienstlich gesehen das ein oder andere Mal nachdenkliches Kopfschütteln bereitet hat.

35 von 54 für die Onlinebefragung angeschriebene/ausgewählte Kollegen haben an der Erhebung teilgenommen. Dass 33,3% der Befragten (n = 33) ihren Wechsel aus dienstlichen Gründen je bereut haben, ist meiner Meinung nach besorgniserregend. Die Befragungen ergaben, dass 94,3 % nicht in das PAG eingewiesen wurden und 91,4% keine Unterrichtung in das PAG erhielten. Nach § 36 (1) des BeamtStG „tragen Beamte für die Rechtmäßigkeit ihrer dienstlichen Handlungen die volle persönliche Verantwortung.“ Die Verantwortung

liegt hier beim Beamten selbst, denn er trägt die vollen Konsequenzen einer nicht rechtmäßigen Amtshandlung. Der Dienstherr hat seine Beamten nach § 45

Quelle: Thüringer Innenministerium

	2010	2011	2012	2013	2014
Baden-Württemberg	3	1	-	2	-
Bayern	2	-	3	3	1
Berlin	-	1	-	2	1
Brandenburg	1	4	2	2	2
Bremen	1	-	-	-	-
Hamburg	2	-	-	-	-
Hessen	2	-	3	6	1
Mecklenburg-Vorpommern	1	-	-	-	3
Niedersachsen	-	1	2	2	-
Nordrhein-Westfalen	-	-	3	-	-
Rheinland-Pfalz	-	-	-	1	-
Sachsen	-	2	5	3	3
Sachsen-Anhalt	4	4	5	1	-
Schleswig-Holstein	-	-	-	-	2
Bundespolizei	2	2	5	2	5

Wege präsentieren und hiermit zum intensiven Nachdenken anregen.

Aus der Übersicht soll hervorgehen werden, wer aufgeschlüsselt nach Bundesländern von 1/2010 bis 9/2014 nach Thüringen versetzt wurde.

Da der Mensch zukunftsorientiert ist, werden bereits im Vorfeld Erwartungen an die neue Dienststelle gerichtet. Der neue Mitarbeiter setzt sich nicht nur gedanklich sondern auch gefühlsmäßig mit der neuen Situation auseinander. Die Erwartungen können hierzu ganz unterschiedlich ausfallen. Eine berufliche Desillusionierung entsteht, wenn Erwartungen oder Ansprüche kontrovers mit der Realität im beruflichen

amtStG „bei ihrer amtlichen Tätigkeit und in ihrer Stellung“ zu schützen. Er muss bemüht sein, seine Beamten vor einem Schaden zu schützen. Auch beinhaltet diese Verpflichtung eine Förderung des Beamten mit der Sorge für eine Fortbildung.

Dieses Recht auf Schutz und Fürsorge ist nach § 83 des ThürBG geregelt. 20% der Befragten gaben an, dass sie vor ihrer ersten Streifen Tätigkeit keine Einweisung in die Dienstpistole erhielten. Bei den teilgenommenen 35 Personen bedeutet dies im Umkehrschluss, dass sieben Personen ihren Dienst mit einer Waffe versehen haben, für die sie keine Berechtigung besaßen. Gemäß PDV 211 Ziffer 3 „ist

das erfolgreiche Absolvieren der Kontrollübung Pistole und Maschinenpistole zwingende Voraussetzung für das Führen der jeweiligen Schusswaffe“. Die Befragung ergab ebenso, dass bei 25,7% der Befragten versäumt wurde, eine zeitnahe Einweisung durchzuführen. Es ist nicht tragbar, dass Beamte ihren Dienst ohne Trageberechtigung für ihre dienstlich zugewiesene Waffe versehen.

Ebenso stellte sich heraus, dass 16 Beamte angaben, nach ihrer Versetzung zur Landespolizei Thüringen keinen Diensteid auf die Verfassung des Freistaates Thüringen geleistet zu haben. Nach § 38 (1) des BeamtStG haben „Beamte einen Diensteid zu leisten“. Im § 54 (1) des ThürBG ist der für Thüringer Beamten zu leistende Eid verfasst.

Es bleibt zu hoffen, dass das TMIK die Ende 2015 erfolgreich verteidigte Bachelorarbeit und das ausgearbeitete Konzept als sinnvoll erachtet und dieses in naher Zukunft umgesetzt wird. Bewirkt wurde wohl bereits ein Erlass, der dazu führte, dass einige Kollegen im Nachhinein vereidigt wurden.

Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz übernahmen nach der Wiedervereinigung Deutschlands die Aufgabe für Thüringen, u. a. bei der Inneren Sicherheit und beim Aufbau rechtsstaatlicher Staats- und Verfassungsstrukturen zu unterstützen. Da jeder der drei „Patenländer“ seine Vorstellungen vom „idealen Polizeimodell“ in Thüringen durchsetzen wollte, kam es zu Rivalitäten und Dynamiken. Dass sich am Ende der bayrische Einfluss durchsetzte, ist noch heute zu spüren.

Meiner Meinung nach sind Mitarbeiter sowie Führungspersonal in Thüringen den wachsenden Herausforderungen durch die Komplexität der Arbeit (Massenbetrügereien, Qualitätsanforderungen, IT-basierte Computerkriminalität, Deliktfelder der Organisierten Kriminalität u. v. m.) mit dem zur Verfügung stehenden Personal schon längst nicht mehr gewachsen. Es ist an der Zeit, der Wahrheit ins Gesicht zu schauen!

Nicht nur ich alleine registriere eine Abwärtsspirale bei Stimmung und Arbeitszufriedenheit. In Kombination mit dem zunehmenden Arbeitsdruck wird es uns nicht gelin-

Fortsetzung auf Seite 7



Beirat des Projektes NOVa konstituiert sich

Gemäß dem Motto „Persönliche Kommunikation begründet“ trafen sich am Nachmittag des 2. Juni 2016 die Vertreterinnen und Vertreter des Beirates zum Projekt „Neuordnung der Verfahrenslandschaft der Thüringer Polizei“ (NOVa) in der Landespolizeidirektion, um sich über die Struktur und den Bearbeitungsstand des Projektes zu informieren.

Der Projektbeirat wird halbjährlich durch den Präsidenten der Landespolizeidirektion einberufen und setzt sich aus Vertretern der Berufsverbände Gewerkschaft der Polizei, Bund Deutscher Kriminalbeamter sowie der Deutschen Polizeigewerkschaft und der Personal- und Interessenvertretungen der Thüringer Polizei zusammen. Darüber hinaus war an diesem Tag der Gesamtkoordinator der IT-Kooperation eingeladen.

Bereits zur Eröffnung der Veranstaltung betonte der Präsident der Landespolizeidirektion, Herr Brunnengräber, die hohe Bedeutung des Projektes für die Zukunft der Thüringer Polizei und untermauerte seine Aussage exemplarisch mit dem durch das Projekt zu vollziehenden Paradigmenwechsel.

Seit fast 20 Jahren nutzt die Thüringer Polizei das Vorgangsverwaltungsprogramm Integrationsverfahren Polizei (IGVP) als tragendes Element der polizeilichen Sachbearbeitung. Die Anwendung wurde seither stetig entwickelt und wird gegenwärtig durch den Länderverbund Bayern, Nordrhein-Westfalen und Thüringen gepflegt. In diesem Zeitfenster hat sich die technische Entwicklung im Bereich der Informationstechnologie rasant und in den Kooperationsländern mit unterschiedlichem Tempo und Kurs entwickelt, sodass eine Fortführung dieses Länderverbundes nicht mehr möglich war.

Auf der Suche nach neuen Kooperationspartnern entschied sich die Thüringer Polizei zum Eintritt in die Länderkooperation Brandenburg, Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg und damit zur Einführung des bereits bestehenden Vorgangsbear-

beitungssystems ComVor. Die Ressortchefs der Innenministerien der beteiligten Bundesländer unterzeichneten am 4. Dezember 2015 den entsprechenden Kooperationsvertrag.

In diesem Zusammenhang betonte Herr Brunnengräber zudem, dass die Beteiligung der Berufsverbände sowie der Personal- und Interessenvertretungen im Projekt sehr wichtig ist, sind sie doch ein wichtiger Ansprechpartner für die Sorgen der Kolleginnen und Kollegen im Großen und im Kleinen. Die thematische Auseinandersetzung mit den IuK-Anwendungen als wesentliches Handwerkszeug der Beschäftigten setzt voraus, dass bei allen Beteiligten eine grundsätzlich gleiche Informationsbasis besteht.

Im Anschluss an die Eröffnung stellten der Gesamtprojektleiter, Herr Polizeidirektor Bollenbach, der Projektleiter Fachlichkeit, Herr Polizeioberst Schaefer, sowie der Projektleiter Technik, Herr Schaser, das Projekt und die Teilgebiete in einer offenen und konstruktiven Atmosphäre vor. Dabei betonten alle Projektverantwortlichen, dass das Gelingen des Projektes nicht nur im Organisations- sondern auch im Mitarbeiterinteresse liegt. Deshalb sollen die fachlichen Ansprechpartner aus dem Anwenderspektrum ebenso in den Prozess integriert werden, wie die regelmäßige Kommunikation mit den Personal- und Interessenvertre-

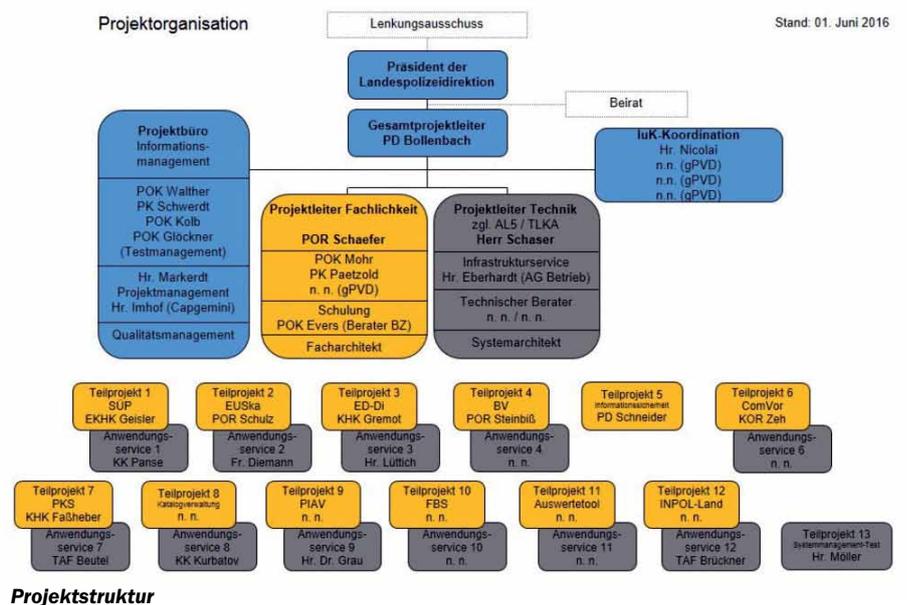
tungen und der Erfahrungsaustausch mit den Ansprechpartnern in der Operative.

Bei der Vorstellung wurden daher bereits erkannte personelle und logistische Probleme durch das Projekt thematisiert und den Anwesenden transparent erläutert. Die in diesem Zusammenhang angesprochenen Punkte standen neben technischen Aspekten unter dem Leitwort „Personal“. So machte Herr Bollenbach deutlich, dass die fachliche Besetzung der Teilprojekte nach wie vor nicht abgeschlossen, aber unverzichtbar für den weiteren Projektverlauf ist.

Im Anschluss an die Ausführungen der Projektleitung stellten die Anwesenden Ihre interessierten Fragen an die Projektverantwortlichen. Der Inhalt der Fragen offenbarte, dass sich die Kolleginnen und Kollegen mitunter bereits tief mit den Projektinhalten befasst und die Wichtigkeit der Aufgabe erkannt haben.

Abschließend dankte Herr Brunnengräber für die bisherige Unterstützung und appellierte an die Anwesenden, sich aktiv in die Prozesse einzubringen, um das Projekt durch „Überzeugung, Unterstützung und Beteiligung“ zum gemeinsamen Erfolg zu führen.

(Anm. d. Red.: Der Artikel erscheint mit freundlicher Genehmigung des Präsidenten der Landespolizeidirektion.)





Gewerkschaft
der Polizei
Thüringen

NEWS

Einladung

3. Oktoberfest

Unter dem Motto
Straßenverkehrssicherheit

WANN

30. September 2016 ab 18:00 Uhr

WO

Geschäftsstelle der GdP Thüringen
Festzelt

Auenstraße 38 a. 99089 Erfurt

Wir freuen uns darauf, mit Euch und vielen Gästen unser 3. Oktoberfest zünftig zu feiern. In diesem Jahr begrüßen wir für die musikalische Umrahmung die Band „**Maida**“. Deftiges wird auf dem Grill bereit liegen. Ihr seid alle herzlich eingeladen.
Wir freuen uns auf Euch!

Eure GdP Thüringen



FORUM

Fortsetzung von Seite 3

gen, geeignete Bewerber für den Polizeiberuf zu finden, da diese schon längst bemerkt haben, dass es andere große Betriebe/Behörden mit Tradition und mitarbeiterfreundlichen Konzepten zur Gesunderhaltung gibt, damit die wichtigste Ressource eines Unternehmens, und das

sind nun mal die MENSCHEN, lange mit Freude ihre Arbeit verrichten und sich nicht in Krankheit und dem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Dienst flüchten.

Zusammenfassend konnte festgestellt werden, dass der Einarbeitung und Integration nach einem erfolgten Länderwechsel mehr Beachtung geschenkt werden muss. In Thürin-

gen wird die „Wurf-ins-kalte-Wasser“-Strategie verfolgt, die dem zunehmenden Personalabbau in den Dienststellen geschuldet ist. Wesentliche Ausbildungsmaßnahmen können nicht durch den Beamten im Selbststudium gestemmt werden, vielmehr bedarf es hierzu einer qualitativen Schulungsmaßnahme.

SENIORENJOURNAL

Keine ruhige Kugel geschoben

Die Bowlingbahn im „Hotel Kloster“ in Rohr war am 30. Juni 2016 Ziel der Zusammenkunft der Senioren der GdP-Kreisgruppe Suhl.

Besonders erfreulich war die große Teilnehmeranzahl, da ja durch den Ferienbeginn bei einigen Senioren schon Termine zur Enkelferriengestaltung anstanden. Das Wetter war so schön, dass wir es vorzogen, erst mal ausgiebig bei Kaffee und Kuchen auf der Terrasse vor dem Hotel zusammensitzen. Das Personal ist professionell, sodass wir die Nutzung der Bow-

lingbahn abweichend von der Vorbestellung gestalten konnten. Nachdem wir über eine Stunde das Wetter genossen und über Wichtiges und Unwichtiges diskutiert hatten, begaben wir uns ins Hotel, um uns sportlich zu betätigen. Einhellige Meinung aller Teilnehmer – es war ein gelungener Nachmittag

und man freut sich schon auf den nächsten Termin. **A. Schauseil**



Foto: Schauseil

DIE GdP GRATULIERT ZUM ...

65. Geburtstag

- Klaus Paura, KG Erfurt 4. 4.
- Eugen Tügend, KG Suhl 4. 4.
- Roland Hutter, KG Gera 19. 4.
- Gerhard Dietrich, KG NTH 25. 4.
- Barbara Pfeufer, KG Suhl 26. 4.
- Peter Köhler, KG Gera 29. 4.
- Herbert Fischer, KG Saalfeld 1. 5.
- Norbert Richter, KG Jena 2. 5.
- Reinhard Flechl, KG Suhl 17. 5.
- Wolfgang Dietrich, KG NTH 24. 5.
- Manfred Roschlau, KG Saalfeld 26. 5.
- Berndt Rusch, KG Saalfeld 3. 6.
- Egon Weichler, KG Suhl 16. 6.
- Klaus Krell, KG Suhl 17. 6.
- Thomas Weber, KG Jena 17. 6.
- Angela Hofmann, KG Suhl 18. 6.
- Gerhard Rahm, KG Jena 22. 6.

70. Geburtstag

- Hartmut Heß, KG Gotha 4. 4.
- Karl-Heinz Dufft, KG Saalfeld 9. 5.

- Heinz Gornig, KG Erfurt 19. 5.
- Ursula Lämmerzahl, KG Jena 25. 5.
- Jürgen Püschmann, KG Gotha 26. 5.
- Wolfgang Birnstiel, KG Saalfeld 12. 6.
- Johann Morbach, KG Gotha 14. 6.
- Jürgen Schmidt, KG Gotha 21. 6.

75. Geburtstag

- Udo Herrmann, KG Gotha 6. 4.
- Edgar Schreppel, KG Saalfeld 6. 4.
- Gerd Schüler, KG Gotha 15. 5.
- Edeltraut Brandt, KG Gotha 16. 6.
- Wolfgang Müller, KG Gera 19. 6.
- Heini Börner, KG Saalfeld 20. 6.

80. Geburtstag

- Erhard Klammer, KG Gotha 3. 5.

81. Geburtstag

- Erich Walther, KG Gotha 4. 4.
- Edgar Horn, KG NTH 29. 4.

- Horst Veit, KG Suhl 21. 5.

83. Geburtstag

- Helmut Heller, KG Jena 11. 6.

85. Geburtstag

- Karlhein Keßler, KG NTH 26. 4.

86. Geburtstag

- Günter Offhaus, KG Gotha 27. 6.

87. Geburtstag

- Edeltraud Wohlfarth, KG Saalfeld 11. 6.

91. Geburtstag

- Oswald Zielke, KG Erfurt 2. 5.





Beförderungssituation in Sachsen-Anhalt

Als die Idee zu diesem Artikel an mich herangetragen wurde, war mein erster Gedanke: Das ist schon vom Grunde her eine reine Katastrophe, wahrscheinlich wäre es besser, über dieses Elend nicht zu schreiben.

Da wird es einem nicht auch noch augenscheinlich und sichtbar in Erinnerung gebracht und nach meinem persönlichen Empfinden, und ich denke nicht nur nach meinem, ist die Beförderungssituation einfach unbefriedigend. Mit Zahlen und Tabellen zu arbeiten, finde ich selbst nicht immer ganz schick. Aber manchmal kommt man zur besseren Darstellung einer Situation einfach nicht daran herum.

Mit Stichtag 30. 11. 2015 waren in der Landespolizei 1.587 Beförderungen möglich und davon wurden 315 Beförderungen durchgeführt. Das sind über den Daumen so etwa 20 % an durchgeführten Beförderungen. Hört sich ja erstmal gar nicht so schlecht an, aber wenn ich die Sache mal von der anderen Seite betrachte, sind das 80 % von Kolleginnen und Kollegen, die nicht befördert wurden, ich denke, das hört sich schon ziemlich schlecht an.

Wenn ich dann in die Zahlen noch ein wenig tiefer eindringe, bedeutet dies, ca. 19 % der möglichen Beförderungen nach A 9/LG.1 wurden durchgeführt, ca. 31 % der Beförderungen nach A 10 und ca. 15 % der Beförderungen nach A 11. Im Gegensatz dazu wurden 130 % der möglichen Beförderungen nach A 14 und 266 % der möglichen Beförderungen nach A 15 durchgeführt.

Nun möchte ich keine Diskussion darüber losbrechen, ob jemand eine Beförderung verdient hat oder nicht, das liegt mir völlig fern und ich stehe dazu, dass jeder einzelne Beförderte es verdient hat, nur denke ich eben, dass die anderen nicht Beförderten es in großen Teilen auch verdient haben.

Ich würde mir ja über 80 % nicht Beförderte im Grunde gar keine Gedanken machen, wenn ich nicht genau wüsste, dass auch die überwiegende Anzahl dieser Kollegen und Kolleginnen eine gute bis sehr gute Arbeit leisten und dies schon über

sehr lange und oft auch nicht überschaubare Zeiträume. Auch und vor allem das sind die Kolleginnen und Kollegen, die die Polizei dieses Landes am Laufen halten und mit dazu beitragen, die Aufgaben dieser Polizei zu erfüllen und der Bevölkerung das Gefühl von Sicherheit zu gewährleisten, was unsere Bevölkerung und auch wir selbst gern hätten.

Ich hatte den Begriff „nicht überschaubare Zeiträume“ gewählt. Ich möchte dies ohne Namen und Hausnummern, aber trotzdem etwas eindringlicher erläutern. Aus meinem persönlichen, dienstlichen Kollegenkreis könnte ich sofort und ohne nachzudenken zwei Hände voll Polizeiobermeister namentlich benennen, welche Standzeiten als Obermeister von 20 bis 26 Jahren haben. Wenn ich das auf alle Behörden, Einrichtungen und das gesamte Land aufrechne, wird mir ehrlich nicht besser.

Die haben nie etwas verbrochen, haben keine eklatanten Fehler gemacht, haben nur ganz normal jeden Tag ihren Dienst getan und sind natürlich in großen Teilen mittlerweile demotiviert und machen eben nur noch ihren Job. Übrigens geschrieben habe ich hier nur von A 8, das sieht in A 9, A 10 fortfolgend nicht viel anders aus. Dabei sollte man nicht vergessen, dass ja die Beförderungssituation im Lande nicht die einzige Baustelle in der Landespolizei ist.

Die wäre ja noch mit Geld zu klären, allerdings scheint dies niemand zu wollen. Vor den letzten Landtagswahlen sah dies viel anders aus, da gab es von allen Seiten eine Menge politische Lippenbekenntnisse, etwas für die Polizei zu tun und scheinbar ist das jetzige Tun darauf beschränkt, mehr Polizisten in den nächsten Jahren einzustellen.

Bevor ich wieder verdreht dargestellt werde, es ist auch meine Meinung, dass wir deutlich mehr Polizisten brauchen, das sagt die GdP übrigens schon, ach, ich weiß nicht mehr, wie lange und hätten wir nicht die Probleme in der Bewältigung der Flüchtlingssituation und die verstärkte Terrorgefahr, wäre wohl auch jetzt

noch niemand darauf gekommen, die Polizei personell aufzustocken.

Jetzt sollte man sich aber als politischer Entscheidungsträger auch Gedanken darüber machen, „wie ich meine Polizisten ordentlich bei der Stange halte“, denn es klemmt ja bei Beförderungen, bei der Bezahlung, bei der Anzahl der Überstunden, bei der Wochenendgestaltung, bei der Familienfreundlichkeit des Berufes Polizist und Polizistin und vielen anderen größeren und kleineren Problemen.

Natürlich ist es immer ein Spagat, mit zu wenig finanziellen Mitteln alle Bereiche abzudecken, die nötig sind, aber am Personal zu sparen, in welcher Form auch immer, ist eben auch gefährlich. Motivation zum Beruf wird zwar nicht erkauf, aber es beruhigt schon im Rahmen einer dienstlichen Zufriedenheit. Und wenn auf der einen Seite die Arbeitsumfänge steigen und auf der anderen Seite es sich für den Einzelnen nicht auszahlt, dann ist vorprogrammiert, dass dem Einzelnen die Menge der abgearbeiteten Einsätze oder der abgeschlossenen Verfahren einfach egal ist und das nennt sich dann Demotivation und die tut uns allen nicht gut.

Ich habe jetzt viele Zeilen über Beamte geschrieben und möchte es nicht versäumen, auch unserem so enorm wichtigen Tarifpersonal ein paar Zeilen zu widmen. Die gesamte Anzahl unserer weiblichen wie auch männlichen Angestellten erbringen wichtige und notwendige Serviceleistungen für die Landespolizei, ohne die die Funktion der polizeilichen Tätigkeiten nicht mehr gegeben wäre.

Manchmal glaube ich, den politischen Entscheidungsträgern ist dies nicht bekannt und auch der „Sparwahn“ in diesem Bereich muss ein Ende haben. Eine Landespolizei ist nicht modern, ohne eine funktionierende Verwaltung und eine Verwaltung funktioniert eben nicht ohne entsprechend notwendiges Tarifpersonal. Das entlastet im Übrigen auch die Polizei und die kann dann allein ihren originären Aufgaben nachgehen.

Uwe Spallek

